

**Protokoll
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanz- und
Rechnungsprüfungsausschusses am 09.05.2007**

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:10 Uhr
Ort: im Multifunktionsraum E 070, im Stadthaus, Am Packhof 2 - 6,
19053 Schwerin

Anwesenheit

Vorsitzender

Lasch, Jürgen SPD-Fraktion

ordentliche Mitglieder

Nagel, Wolfram Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Pelzer, Karla CDU-Fraktion
und Liberale
Schulte, Bernd SPD-Fraktion
Trübe, Birgit Fraktion Die
Linkspartei.PDS
Vogel, Alexandra CDU-Fraktion
und Liberale

stellvertretende Mitglieder

Ahlgrim, Brigitte Fraktion Die
Linkspartei.PDS
Reimers, Wolfgang CDU-Fraktion
und Liberale
Steinmüller, Rolf Fraktion
Unabhängige Bürger

Verwaltung

Bartsch, Ulrich
Bode, Hans-Hermann
Kröhnert, Gesine
Rath, Torsten
Schwabe, Marita

Gäste

Wolf, Josef Dr.

Leitung: Jürgen Lasch

Schritfführer: Ingrid Arlt

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 62. Sitzung vom 19.04.2007 (öffentlicher Teil)

3. Mitteilungen der Verwaltung

4. Beratung von Beschlussvorlagen
 - 4.1. Entgeltordnung des Mecklenburgischen Volkskundemuseums
Vorlage: 01411/2006

 - 4.2. Förderung Filmkunstfest 2008 - 2010
Vorlage: 01506/2007

 - 4.3. Überplanmäßige Ausgabe Haushaltsstelle 61500 94018 - Sanierung Paulsstadt
Vorlage: 01550/2007

 - 4.4. WGS - Wohnungsgesellschaft Schwerin mbH - städtische Eigengesellschaft
Hier: Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft der WGS
Vorlage: 01565/2007

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Herr Lasch eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 62. Sitzung vom 19.04.2007 (öffentlicher Teil)**

Bemerkungen:

Ohne Änderungen wird dem Protokoll zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

zu 3 **Mitteilungen der Verwaltung**

Bemerkungen:

Protokoll aus der Sitzung vom 12.04.2007

Herr Bartsch informiert darüber, dass der Oberbürgermeister zum Protokoll der Sondersitzung vom 12.04.2007/TOP 3, um die Ergänzung folgenden Satzes bittet: „Im Rahmen der Beratung zum Budget 02 hier: - Reduzierung der Ausgaben für Stadtmarketing – bietet er eine gemeinsame Beratung mit dem Finanzausschuss an.“

Die Ausschussmitglieder nehmen diese Bitte zur Kenntnis.

HSK

Die Ausschussmitglieder bitten Herrn Bartsch um Informationen zum Haushaltserlass des Innenministeriums und zum weiteren Vorgehen der Verwaltungsspitze zu diesem Thema.

Herr Bartsch erklärt, dass bis zum 30.09.2007 ein Nachtragshaushaltsplan 2007 beim Innenministerium vorgelegt werden muss, der einen um 13 Mio € geringeren Fehlbedarf ausweist als der durch die Stadtvertretung beschlossene Haushaltsplan 2007. Gleichzeitig ist ein HSK vorzulegen, welches den kommunalverfassungsrechtlichen Vorgaben entspricht.

Im Vermögenshaushalt wurde der geplante Investitionskredit in Höhe von rd. 8 Mio € in Höhe von nur 3 Mio € durch die Kommunalaufsicht genehmigt.

Auf die Frage von Frau Hennings, ob die Verwaltung nicht gewusst habe, dass es die Forderung des IM zum Nachtrag und damit der Reduzierung des Fehlbedarfs in Höhe von 13 Mio € geben werde und welche Informationsgespräche beim Innenministerium stattgefunden haben, erklärt Herr Bartsch, dass beim Innenministerium der Termin der Anhörung wahrgenommen wurde, es dort aber keine Zusage bezüglich eines Nachtrages verwaltungsseitig gegeben habe.

Frau Hennings erklärt für die kommenden Beratungen zum HSK oder den Haushaltsberatungen, dass es zukünftig keine Kürzungen mehr geben werde ohne vorgelegte Konzepte oder begründbare Erklärungen. Sie spricht dabei konkret den Jugendbereich an, aber auch das Thema der Einsparmaßnahmen für Straßenbeleuchtung.

Frau Pelzer ergänzt die Ausführungen von Frau Hennings und erinnert daran, dass der Oberbürgermeister Maßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept verwaltungsseitig zurückgenommen habe, weil die vorgelegten Zahlen nicht belastbar waren.

Herr Schulte erinnert die Anwesenden daran, dass es ein beschlossenes Budgetierungskonzept gibt und dennoch über einzelne Haushaltsstellen diskutiert wird. Auch wenn das mehr in den Vordergrund gestellt werden. Ergänzend fügt er hinzu, dass im Finanzausschuss oft nicht konsequent genug strukturelle Entscheidungen abschließend beschlossen wurden.

Der Finanzausschuss bittet Herrn Bartsch den Oberbürgermeister über die geführte Diskussion zu informieren.

Beschluss:

zu 4 Beratung von Beschlussvorlagen

zu 4.1 Entgeltordnung des Mecklenburgischen Volkskundemuseums Vorlage: 01411/2006

Bemerkungen:

Ohne weiteren Diskussionsbedarf wird über die Vorlage abgestimmt.

Beschluss:

Die Entgeltordnung des Mecklenburgischen Volkskundemuseums tritt ab 01.07.2007 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 4.2 Förderung Filmkunstfest 2008 - 2010

Vorlage: 01506/2007

Bemerkungen:

Auf die Frage des Finanzausschusses zu den Kosten der Stadt in Höhe von 38,3 T€ erklärt Frau Schwabe, dass dieser Anteil keine Komplimentärfinanzierung sei. Entsprechend dem beiliegenden Finanzierungsplan ist sichtbar, wer in welcher Höhe das Filmkunstfest finanziell unterstützt und auch die Landeshauptstadt Schwerin kann entscheiden, in welcher Höhe sie sich an den Kosten beteiligt. Nach kurzer Diskussion, insbesondere vor dem Hintergrund des Haushaltserlasses zum Hpl 2007 wird Einigkeit dahingehend erzielt, den Zuschuss der Landeshauptstadt Schwerin in Höhe von 38,3 T€ auf 1,0 T€ zu reduzieren.

Einschließlich des veränderten Kostenbeitrages wird die Vorlage votiert. Der Hauptausschuss ist über diesen Vorschlag zu unterrichten.

Beschluss:

Der Finanzausschuss schlägt dem Hauptausschuss vor, die Zuwendungen für das Filmkunstfest in Höhe von 38.300 € auf 1.000 € zu reduzieren. Somit würde der Beschlussvorschlag wie folgt heißen:

Der Filmboard Mecklenburg-Vorpommern e.V. erhält jährlich für das in der Landeshauptstadt Schwerin stattfindende FilmKunstFest eine Zuwendung in Höhe von 1000 € als Festbetragsfinanzierung unter dem Vorbehalt förderfähiger Ausgaben für die Haushaltsjahre 2008-2010.

Abstimmungsergebnis einschließlich der Betragsänderung von 38,3 T€ auf 1,0 T€

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

**zu 4.3 Überplanmäßige Ausgabe Haushaltsstelle 61500 94018 - Sanierung Paulsstadt
Vorlage: 01550/2007**

Bemerkungen:

Herr Bode erklärt auf Nachfrage, dass 60 €/m² vom Bund gefördert werden. Da die Abrisskosten unter der pauschalen Förderung liegen, konnten Kosten in Höhe von 400 T€ eingespart werden. Es wird durch die Verwaltung vorgeschlagen, diese Einnahmen für die Sanierung der Paulsstadt zu verwenden.

Diese Mittel können nicht für Kosten im Verwaltungshaushalt verwendet werden, antwortet Herr Bode auf Nachfrage.

Beschluss:

Die Stadtvertretung stimmt der überplanmäßigen Ausgabe zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 4

zu 4.4 WGS - Wohnungsgesellschaft Schwerin mbH - städtische Eigengesellschaft
Hier: Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft der WGS
Vorlage: 01565/2007

Bemerkungen:

Herr Dr. Wolf erläutert die Beschlussvorlage an Hand einer Power Point Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist.

Beschluss: (Die Vorlage wurde im FiA abgelehnt)

1. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, zur Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft der WGS, zunächst vorrangig mit der Option einer Minderheitsbeteiligung bis zu 49 % als auch nachrangig der Option des Verkaufs eines Teilportfolios über 5000 Wohneinheiten Verkaufsverhandlungen fortzusetzen.
2. Den Kriterien für die Bewertung und den Vergleich der Angebote der Kaufinteressenten wie folgt wird zugestimmt:
 - Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft der WGS und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit
 - Nachweis eines längerfristigen wohnungswirtschaftlichen Engagement
 - Zügige Auflösung des Modernisierungs- und Instandhaltungsstaus der WGS
 - Bestandsschutz für das Unternehmen am Standort Schwerin
 - Wahrung der Einflussnahme der LHSN auf sozial- und wohnungspolitische Ziele der WGS
 - Wahrung der Mieterinteressen
 - Wahrung der städtebaulichen Ziele der LHSN
 - Höhe des monetären Beitrags für den kommunalen Haushalt (Kaufpreis/Eigenkapitalverzinsung p.a.)
 - Minimierung des finanziellen Risikos der LHSN (verbürgte Darlehen)
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, das Verkaufsverfahren nach Auswertung der indikativen Angebote auf die Option zu beschränken, die die Kriterien gemäß Beschlusspunkt 1 am besten erfüllt und die Verkaufsverhandlungen mit den Bietern für die ausgewählte Option abschlussreif zu Ende zu führen.
4. Die endgültig verhandelten Verträge sind der Stadtvertretung abschließend zur Entscheidung vorzulegen.
5. Das Verfahren wird von einem Beirat begleitet. Der Beirat wird ermächtigt, im Auftrag der LHSN und in Abstimmung mit der WGS die Ausschreibung für die externe Beratung durchzuführen und die Vergabe vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 3
Nein-Stimmen: 3
Enthaltung: 3

gez. Jürgen Lasch

Vorsitzende/r

gez. Ingrid Arlt

Protokollführer